

Wahlprogramm der FDP Dedenhausen – 2026

Du entscheidest

Am 13. September entscheidest Du, wer Dedenhausen im Ortsrat und in der Gemeinde vertritt. Dabei geht es weniger um große Parteipolitik, sondern darum, **wem Du vertraust, wer sich kümmert und wer sich konsequent für unser Dorf einsetzt.**

Kommunalpolitik ist für uns kein Selbstzweck. Ein Sitz im Orts- oder Gemeinderat ist kein Titel, sondern ein **Dienst an der Dorfgemeinschaft**. Du überträgst uns Verantwortung – und wir nehmen dieses Mandat ernst.

Wir begleiten die Arbeit der Gemeindeverwaltung konstruktiv-kritisch, bringen eigene Vorschläge ein und setzen uns dafür ein, dass **Deine Anliegen** gehört und ernst genommen werden. Dabei geht es immer um tragfähige Lösungen und um die Balance zwischen dem Allgemeinwohl unseres Dorfes und den berechtigten Interessen jedes Einzelnen.

10 Gründe, warum Du diesmal Deine Kreuze bei der FDP machen willst – für den Ortsrat und den Gemeinderat:

1. Top Kandidaten – bekannt, engagiert, verlässlich

Mit Ulf, Kai, Torben und Sebastian entscheidest Du Dich für vier Menschen, die im Dorf bekannt, ansprechbar und engagiert sind. Sie setzen sich seit Jahren für unsere Dorfgemeinschaft ein und wollen das künftig auch im Orts- und Gemeinderat mit Erfahrung und Durchsetzungsvermögen gemeinsam tun.

2. Ansprechbare Kümmerer

Die FDP ist mit Kai, Torben, Sebastian und Ulf ein aufmerksamer Ansprechpartner für Deine Anliegen. Sie hören zu, nehmen Probleme ernst, tragen sie an die richtigen Stellen heran und bleiben dran, bis sich etwas bewegt. Was direkt vor Ort geregelt werden kann, packen wir auch direkt an.

3. Aktiv für Dedenhausen

Mit Torben, Sebastian, Ulf und Kai wird der Ortsrat sichtbarer und aktiver. Wir wollen häufiger tagen, mehr Menschen einbeziehen, Bürgersprechstunden einführen und ohne Pateibrille eine Politik für alle machen, die man im Dorf auch merkt.

4. Kindergarten und Feuerwehr

Der Neubau eines Feuerwehrhauses und zusätzliche Kindergartenplätze gehören zu den wichtigsten Zukunftsthemen für Dedenhausen. Ein aktiver Ortsrat und eine starke Stimme im Gemeinderat können hier Tempo machen und dafür sorgen, dass die Bedürfnisse unseres Ortes gehört werden.

5. Keine „Bunker“ mehr in Baulücken

In Teilen des Dorfes fehlen bislang klare Regeln für Neubauten. Wir wollen dort Bebauungspläne schaffen, damit sich neue Häuser besser in das gewachsene Ortsbild einfügen. So bewahren wir den dörflichen Charakter und verhindern unpassende Zweckbauten.

6. Das Miteinander feiern

Dedenhausen lebt von einem starken Miteinander, von ganz viel Engagement, Herzlichkeit und Gemeinschaft. Ulf, Sebastian, Kai und Torben feiern dieses Miteinander – weil sie Teil davon sind und weil es Dedenhausen so einzigartig macht. Sie wollen sicherstellen, dass die Rahmenbedingungen dafür erhalten bleiben und gestärkt werden.

7. Freiheitliche Haltung

Auch auf kommunaler Ebene ist es gut zu wissen, wofür politische Vertreter stehen. Sebastian, Ulf, Kai und Torben denken sozialliberal und handeln verantwortungsbewusst, freiheitsorientiert sowie mit Respekt vor allen Menschen.

8. Priorisierte und faire Mittelverwendung

Die Ortsratsmittel sollen künftig transparent, fair und sinnvoll priorisiert eingesetzt werden. Alle Vereine und Initiativen sollen profitieren. Besonders unterstützen wollen wir die Genossenschaft Zum Bahnhof 40, weil sie mit Saal und Kneipe einen unverzichtbaren Ort für unsere Dorfgemeinschaft erhält.

9. Verbindliches Engagement mit Rückkanal

Wir stehen für Politik ohne Ausflüchte oder Achselzucken. Wir sind Dein aktives Bindeglied zur Gemeinde, fragen nach, setzen uns ein und sorgen dafür, dass Dinge vorankommen – oder erklären offen und nachvollziehbar, wenn etwas einmal nicht möglich ist.

10. Starke Stimme für Dedenhausen in der Gemeinde

Die Interessen unseres Dorfes vertreten sich nicht von allein, sie brauchen mindestens eine starke Stimme im Gemeinderat. Die Erfahrung hat gezeigt, wie wertvoll es ist, mit Ulf einen Dedenhäuser sowohl im Ortsrat als auch im Gemeinderat zu haben. Die großen Vorteile dieser Kombination wollen wir nicht nur erhalten, sondern mit Kai, Torben und Sebastian weiter ausbauen!

Mit Deiner Stimme hilfst Du uns und Dedenhausen, diese Ziele gemeinsam zu erreichen.

Ein Rückblick auf unsere bisherige Arbeit:

Unser Ratsherr **Ulf-Hendrik Schrader** ist seit 2016 Mitglied des Gemeinderats und seit 2021 auch im Ortsrat Dedenhausen aktiv. In mehreren Ausschüssen und Arbeitskreisen hat er die politische Arbeit über viele Jahre hinweg engagiert, **streitbar und konstruktiv** mitgeprägt – und tut dies bis heute.

Seine Arbeit ist gekennzeichnet durch Aufmerksamkeit, kritisches Nachfragen, das Einbringen konkreter Lösungsvorschläge und eine grundsätzlich **positive, sachorientierte Haltung**. Er nimmt Dein Mandat ernst, handelt aus Überzeugung und nickt nicht einfach ab.

Auf seine Initiative gehen unter anderem der personelle und finanzielle **Ausbau der Wirtschaftsförderung** in der Gemeinde Uetze zurück. Er hat die letztlich **erfolgreiche Abschaffung der Straßenausbaubeiträge** wiederholt auf die politische Agenda gesetzt und trotz erheblicher Widerstände maßgeblich dazu beigetragen, dass das Integrierte Kommunale Entwicklungskonzept (IKEK) Uetze 2030 mit **umfassender Bürgerbeteiligung** umgesetzt wurde.

Im Rahmen der Beratungen zum Haushaltskonsolidierungskonzept war Ulf-Hendrik Schrader das einzige Ratsmitglied, das sich konsequent **gegen eine Anhebung der Grundsteuern** über das erforderliche Maß hinaus ausgesprochen und folgerichtig gegen die entsprechende Verwaltungsvorlage gestimmt hat.

Auch konkrete Verbesserungen hier im Ort tragen seine Handschrift: Die nach langer Zeit endlich umgesetzten **verkehrsberuhigenden Maßnahmen zur Sicherheit unserer Kinder** rund um die Bushaltestelle *Der Zuschlag* sowie der von vielen nicht mehr erwartete **Blitzer an der Straße zum Bahnhof** sind im Wesentlichen auf seine Initiative und Beharrlichkeit zurückzuführen.

In der politischen Auseinandersetzung um die Änderung des Bebauungsplans *Unter den Eichen* zeigte sich zudem der besondere Wert einer **starken Doppelvertretung**. Durch seine gleichzeitige Mitgliedschaft im Orts- und Gemeinderat gelang es Ulf-Hendrik Schrader, die Interessen Dedenhausens auch auf Gemeindeebene wirksam zu vertreten, den Ort regelmäßig transparent einzubinden und im Ergebnis zu einem tragfähigen Kompromiss beizutragen. Hier wurde deutlich: **Da steht jemand mit Rückgrat für die Gemeinschaft ein – auch wenn es unbequem wird.**

Im September 2025 brachte er – in Anlehnung an eine Initiative des Sportrings – gemeinsam mit FWK und Freien Wählern einen Antrag zur überfälligen Inflationsanpassung der seit 2020 weitgehend unveränderten Zuschüsse für Sportvereine ein. Dieser Antrag wurde im März 2026 von SPD, CDU und Grünen abgelehnt. Gerade für alle, die sich in Vereinen engagieren, bleibt daher die Frage: **Wer vertritt meine Interessen wirklich?**

Mit **Kai Scheppe, Torben Noé** und **Sebastian Baltus** treten drei weitere Kandidaten an, die seit vielen Jahren im Dorf bekannt, engagiert und ansprechbar sind. Sie stehen für dieselbe Haltung: zuhören, dranbleiben und Verantwortung übernehmen – gemeinsam mit den Menschen in Dedenhausen.

Wenn Du möchtest, dass unser Dorf auch künftig eine **starke, verlässliche und engagierte Stimme** im Orts- und Gemeinderat hat, dann unterstütze unsere Arbeit am 13. September mit Deiner Stimme. **Für Dich. Für Dedenhausen.**

Hier findest Du unser 76 konkrete Punkte umfassendes kommunales Wahlprogramm 2026 für die Gemeinde Uetze (alphabetisch sortiert):

Bauen/Wohnen

1. Beim Wohnungsbau setzen wir konsequent auf Bedarf statt auf Verbote. Wir möchten Rahmenbedingungen etablieren, die die Schaffung von Wohnräumen für unterschiedlichste Lebenssituationen ermöglichen – von der Single-Wohnung über barrierefreie Appartements, erschwingliche Mehrzimmerwohnungen für Familien bis hin zum Einfamilienhaus mit großem Garten. Wir wollen erreichen, dass individuelle Träume der Menschen erreichbar bleiben.
2. Darüber hinaus setzen wir uns weiterhin dafür ein, dass die Gemeinde aktiv Investoren für vielfältige Wohnangebote von kleinen Mitwohnungen für Singles und barrierefreien Mietwohnungen für Ältere über Tiny Houses bis hin zu Mehrgenerationenhäusern anspricht. Bei der Ausweisung neuer Baugebiete sollen neben Einfamilienhäusern auch Mehrfamilienhäuser, moderne Quartiere und geförderter Wohnraum entstehen, um ein ausgewogenes Angebot für Familien, Alleinerziehende und Alleinstehende zu schaffen. Die Vielfalt Uetztes und der Lebenssituationen seiner Bürger soll sich auch im Wohnangebot widerspiegeln.
3. Vielfalt im Angebot ist der wirksamste Hebel gegen steigende Mieten und Kaufpreise und macht zusätzliche Markteingriffe wie die Mietpreisbremse überflüssig.
4. Das gemeinsam im integrierten Kommunalen Entwicklungskonzept (IKEK) formulierte Ziel eines „moderaten Wachstums“ unserer Gemeinde wollen wir allen Ortschaften ermöglichen. Vernünftigerweise wird ein Schwerpunkt auf den größeren Ortschaften mit der nötigen Infrastruktur liegen, aber jede Ortschaft soll fair ihren Raum zur Entwicklung bekommen.
5. Nicht Jeder kann und will sich Eigentum leisten. Deswegen ist ein gutes Angebot an Mietwohnungen auch für Uetze wichtig. Ursächlich für den Mangel an günstigen Mietwohnungen sind die Markteingriffe der Berliner Politik, die es unattraktiv gemacht haben, neuen Wohnraum zu schaffen. Daher brauchen wir dringend eine nationale Modernisierungsinitiative für weniger Bürokratie und Auflagen, damit Wohnungsbau und - Vermietung wieder attraktiv werden.
6. Was wir vor Ort leisten können, wollen wir tun: Nämlich Bauland ausweisen und Verfahren beschleunigen bei Gleichbehandlung von privaten und institutionellen Investoren und Bauherren. Mehr Wohnraum gelingt nur, wenn Planung pragmatisch bleibt. Deswegen lehnen wir zusätzliche Vorschriften ab, die bestehendes Landes- und Bundesrecht noch verschärfen.
7. Je nach regelmäßig zu erhebendem Bedarf sollten auch gezielt Investoren für gewerbliche Immobilien gesucht werden, um Büro- und Praxisflächen bereitzustellen.
8. Nachverdichtung in den Ortschaften kann sinnvoll sein, darf aber nicht zum Dogma werden. Auch kleinere Weiden, Obstwiesen oder größere unbebaute Gärten prägen ein idyllisches ländliches Ortsbild, das wir gerne zusammen mit Baudenk- und Naturdenkmälern erhalten möchten. Wird nachverdichtet, soll sich die Neubebauung harmonisch ins Umfeld einfügen.

9. Wir Freie Demokraten setzen uns auch für die Schaffung eines digitalen Baulücken- und Potenzialflächenkatasters ein. Planungsrelevante Daten, Kartenwerke, Flächennutzungs- und Bebauungspläne sowie Raumordnungsprogramme sollen in digitaler Form jedem zur Verfügung gestellt werden.
Perspektivisch können solche Daten auch in digitale Ortsmodelle oder dreidimensionale Darstellungen integriert werden, um Bau- und Entwicklungsprojekte für Bürger und Investoren besser nachvollziehbar zu machen.
Eine übersichtliche digitale Darstellung solcher Flächen kann Bürgern, Bauinteressierten und Investoren helfen, Entwicklungsmöglichkeiten in der Gemeinde schneller zu erkennen und vorhandene Flächen besser zu nutzen.
10. Auch die bauliche Entwicklung landwirtschaftlicher Betriebe soll leichter möglich werden. Dazu gehören bspw. der Umbau und Neubau von Ställen. Bauanträge müssen genehmigt werden, wenn die notwendigen Voraussetzungen erfüllt sind. Schutzgebietsausweisungen dürfen für privilegiertes Bauen kein Hindernis sein. Die Errichtung von neuen Ställen ist Voraussetzung nicht nur für die wirtschaftliche Entwicklung landwirtschaftlicher Betriebe, sondern auch für mehr Tierwohl. Denn die Umsetzung von Tierwohlkonzepten benötigt vor allem Platz. Moderne Ställe in Deutschland bieten die besten Haltungsbedingungen für Tiere weltweit. Entwicklungsmöglichkeiten für Landwirte sind die Basis für zukunftsfähige Betriebe von morgen. Von Bauprojekten in der Landwirtschaft profitiert der gesamte ländliche Raum durch Wertschöpfung vor Ort. Jede Investition in einen modernen Stall ist ein Gewinn für das Tierwohl und für die ländlichen Räume.
11. Bezüglich der Reduzierung weiterer Flächenversiegelungen setzen wir auf Anreize, wie etwa „Jung kauft Alt“ statt auf Bauverbote.

Bildung und Kinderbetreuung

12. Für uns Liberale ist Bildung der Schlüssel zur Selbstbestimmung. Deshalb darf der Bildungsweg nicht vom Elternhaus abhängen. Frühkindliche Bildung und frühkindliche Förderung sind grundlegend für den späteren Bildungsweg. Deshalb wollen wir die Kindertagesstätten als Bildungsort stärken. Das erreichen wir, indem wir die Kitas personell stärken und den Betreuungsschlüssel verbessern. Und indem wir die Entwicklungsdiagnostik mit neuen Methoden verbessern und damit den Fachkräften mehr Zeit geben mit den Kindern zu arbeiten.
13. Wir wollen erreichen, dass Schülerinnen und Schüler vom ersten Tag an dem Unterricht folgen können. Dazu müssen sie über ausreichende Deutschkenntnisse verfügen. Wir setzen uns landesweit dafür ein, dass zwei Jahre und ein Jahr vor der Einschulung eine Sprachstandsfeststellung durchgeführt wird. Bei nicht ausreichenden Sprachfähigkeiten ist verpflichtend an einer Sprachförderung teilzunehmen. Sollten sich zudem Defizite im Sozialverhalten zeigen, kann das letzte Kindergartenjahr verpflichtend werden. Wir wollen die Kitas so ausstatten, dass sie zeitlich und qualitativ diese Aufgabe auch wahrnehmen können. Damit schaffen wir eine Basis für echte Teilhabe ab dem ersten Schultag.

14. Sollte es erneut zu Lockdowns und Schulschließungen kommen, wollen wir vorbereitet sein. Deshalb fordern wir, die überfällige Digitalisierung der Bildungseinrichtungen zügig weiter voranzutreiben und als Träger auf die Schulen einzuwirken, Home-Schooling-Angebote auf einheitlich hohem Niveau zu entwickeln und in der Praxis zu erproben.
Dazu gehören eine leistungsfähige digitale Infrastruktur in den Schulen, moderne Lernplattformen sowie eine kontinuierliche Fortbildung der Lehrkräfte im Umgang mit digitalen Lehr- und Lernmethoden, etwa für digitale Hausaufgaben, Unterrichtsmaterialien oder Videounterricht.
15. Selbstverständlich setzen wir Frei Demokraten uns weiterhin für den Erhalt und eine sehr gute Ausstattung unserer vielfältigen Betreuungs- und Bildungseinrichtungen mit verschiedenen Kitas und Grundschulen in den Ortschaften sowie dem Gymnasium und der IGS in Uetze ein.
16. Viele Eltern schaffen es mit den bereits vorhandenen Ganztagsangeboten Familie und Beruf im Alltag zu meistern. Herausfordernder ist das in den Schulferien, die weit über den Urlaubsanspruch von Arbeitnehmern hinausgehen. Wir möchten daher die bereits sehr guten Ferienangebote in der Gemeinde noch weiter ausbauen, um nicht nur Eltern zu entlasten, sondern auch, um Bildungsangebote in den Ferien schaffen.
17. Bildung gegen Mobbing: Wir Freie Demokraten wollen Bildungsangebote gegen Mobbing schaffen. Jede Schülerin und jeder Schüler sollen angstfrei zur Schule kommen können. Dazu bedarf es in regelmäßigen Abständen eines für die Schulen verpflichtenden Programms, das eine Kultur des Hinschauens etabliert.
18. Wir begrüßen, dass Schulkinder die Möglichkeit bekommen, sich kritisch mit der Wirkung von Geschlechterklischees auseinanderzusetzen. Verpflichtende Workshops für Jungs über „toxische Männlichkeit“ lehnen wir allerdings so lange ab, bis dem Gleichstellungsgrundsatz folgend entsprechende Workshops auch für Mädchen angeboten werden und bis das pädagogische Konzept dahinter im Gemeinderat vorgestellt und die Durchführung solcher Workshops politisch legitimiert wurde.
19. Wir Freie Demokraten wollen, dass die Erkenntnisse aus der Corona-Krise in die baulichen Richtlinien für Kindertagesstätten und Schulen einfließen. Denn Maßnahmen zum Schutz vor Infektionen helfen auch in nicht-pandemischen Zeiten gegen bspw. Grippe- und Erkältungsviren. Schulen und Kindertagesstätten müssen durch den festen Einbau von Lüftungssystemen und Sanitäreinrichtungen zukunftsfest gemacht werden. Dazu gehören moderne Waschräume und Toiletten. Alle Schüler und Lehrer müssen freien Zugang zu warmem Wasser, Seife und Papierhandtüchern haben. Auch mit Blick auf den CO₂-Gehalt in den Räumen können die Erfahrungen aus der Corona-Krise genutzt werden. CO₂-Ampeln helfen, schlechte Luft zu erkennen. Ein zu hoher CO₂-Gehalt zeigt nicht nur dieses Gas an, sondern auch die damit verbundenen Aerosole, die Unbehagen, Kopfschmerzen, Konzentrationsstörungen und auch Krankheiten auslösen können.

20. Politik nahbarer zu machen, die Bürger stärker in Entscheidungsprozesse einzubinden – das sind urliberale Forderungen, und wir Freie Demokraten freuen uns, dass diese nun auch in den Wahlprogrammen anderer Parteien stattfinden. Bürgernähe bedeutet aber mehr als ein Beteiligungsverfahren, die Gewährung von Zuschüssen oder eine monatliche Bürgermeister-Sprechstunde in den Ortschaften. Wer sich Bürgernähe auf die Fahnen schreibt, der muss auch die Bürgerrechte gegen staatliche Übergriffe schützen – auch auf kommunaler Ebene. Unser Ratsherr Ulf-Hendrik Schrader hat das in den letzten 10 Jahren wiederholt mit viel Leidenschaft getan, ist dabei allerdings i.d.R. am Widerstand der beiden großen Parteien gescheitert. Jede Stimme für die FDP trägt dazu bei, im Gemeinderat künftig noch entschiedener und nachdrücklicher die Interessen der Bürger ins Zentrum zu stellen – auch wenn es für die Verwaltung unbequem, für Konservative ungewohnt und für Linke zu individualistisch sein mag.
21. Digitalisierung bietet gerade im ländlichen Raum große Chancen für mehr Service, Transparenz und Bürgernähe. Wir Freie Demokraten wollen die Möglichkeiten moderner digitaler Technologien gezielt nutzen, um Verwaltung, Mobilität, Bürgerinformation und Beteiligung einfacher und effizienter zu gestalten. Erfolgreiche Beispiele aus anderen Gemeinden – etwa das Smart-Village-Projekt im nordrhein-westfälischen Etteln – zeigen, welches Potenzial hier auch für ländliche Orte besteht. Perspektivisch kann die Gemeinde Uetze gemeinsam mit ihren Ortschaften zu einer digitalen Modellgemeinde weiterentwickelt werden. Die Grundzüge eines solchen Konzepts beschreiben wir in einem eigenen Abschnitt zur digitalen Gemeinde am Ende dieses Programms.
22. Uetze hat eine gute Verwaltung mit einem teilweise bereits stark ausgeprägten Service-Verständnis. Wir setzen uns dafür ein, dass sich die gesamte Verwaltung noch konsequenter als hilfsbereiter Dienstleister der Bürger versteht, und möchten die Mitarbeiter bei Bedarf entsprechend schulen lassen. Der von uns geforderte digitale Beschwerdekasten wurde eingeführt.
23. Wir unterstützen den Bürgermeister bei seinen Bestrebungen, die Verwaltung zu reformieren und Entbürokratisierung umzusetzen, wo es möglich ist.
24. Digitales Bürgeramt: Wir Freie Demokraten setzen uns als Ergänzung zum bestehenden Angebot für ein digitales Bürgeramt ein, in dem postalische Verwaltungsabläufe sowie Formulare und Anträge in Papierform der Vergangenheit angehören. In diesem Zuge fordern wir einen Rechtsanspruch für die Bürgerinnen und Bürger auf digitale Kommunikation mit Behörden. Auch kommunale Daten, etwa zu Infrastruktur, Planung oder Umwelt, sollen soweit möglich öffentlich zugänglich gemacht werden, um Transparenz zu stärken und innovative Anwendungen zu ermöglichen. Ziel muss sein, dass möglichst viele Verwaltungsleistungen vollständig digital abgewickelt werden können – von der Antragstellung über die Bearbeitung bis zur digitalen Zustellung von Bescheiden. Bürgerinnen und Bürger sollen zudem jederzeit den Bearbeitungsstand ihrer Anträge einsehen können. Beispiele hierfür sind etwa digitale Anträge für Meldebescheinigungen, Wohnsitzanmeldungen oder Baugenehmigungen. Darüber hinaus kann eine solche Plattform

auch digitale Beteiligungsmöglichkeiten bieten, etwa für Bürgerumfragen, Ideenwettbewerbe oder Rückmeldungen zu lokalen Projekten.

25. Gemäß Onlinezugangsgesetz (OZG) müssen seit Ende 2022 alle Verwaltungsdienstleistungen auch digital angeboten werden. Das ist in Uetze – wie in vielen anderen Kommunen – noch nicht vollständig umgesetzt. Um diesen Prozess weiterhin konstruktiv zu begleiten, setzen wir uns für einen jährlichen OZG-Sachstandsbericht ein, aus dem hervorgeht, welche OSZ-Leistungen in Uetze bereits vollständig digital nutzbar sind und welche Landes-EfA-Leistungen aktiv eingesetzt werden.
26. In diesem Kontext schlagen wir ergänzend eine Bürger-App vor, über die neben digitaler Verwaltungsgänge und Informationen u.a. auch Missstände per Foto und automatischer Ortung gemeldet werden können.
Eine solche App könnte perspektivisch auch als zentrale Informationsplattform dienen – etwa für Veranstaltungen in den Ortschaften, Vereinsangebote, Hinweise der Gemeinde oder aktuelle Verkehrsinformationen. Digitale Plattformen können zudem helfen, Nachbarschaftshilfe einfacher zu organisieren, etwa wenn Bürger Unterstützung im Alltag anbieten oder suchen.
27. Wir glauben an den Wert der Ortschaften, der kleinen Gemeinschaften und wollen nach Möglichkeit dazu beitragen, dass jede Ortschaft ihren Charakter und ihre Lebendigkeit mit Versammlungsorten, Dorffesten und einem eigenen Kindergarten erhalten kann. Dazu wollen wir beispielsweise im Zuständigkeitsbereich des Ehrenamtsbeauftragten ein neues Beratungsangebot etwa für die Gründung von Genossenschaften und das Beantragen von Förderungen schaffen.
28. Bieten Bürger sich an, bspw. durch Pflege einer kleinen gemeindeeigenen Grünfläche Aufgaben für die Allgemeinheit zu übernehmen, sollte dieses Angebot von der Gemeindeverwaltung wohlwollend geprüft und angenommen werden, solange keine wesentlichen Gründe dagegensprechen.
29. Politik und Verwaltung sollen unnötige Einmischungen in die Angelegenheiten der Bürger, des Souveräns, unterlassen. Politiker werden von ihren Mitbürgern gewählt, um stellvertretend deren Interessen zu vertreten und nicht, um sie als Untertanen zu bevormunden. Unser freidemokratisches Leitbild ist der eigenverantwortliche Bürger, der in voller Freiheit auch unvernünftige Entscheidungen treffen darf, solange er damit nicht die Freiheit eines anderen einschränkt. Das ist liberal und wir garantieren, dass wir jede Verwaltungsvorlage und jeden politischen Antrag sehr kritisch auf entsprechende Angemessenheit prüfen werden.

Ehrenamt

30. Die mittlerweile geschaffene Stelle eines Ehrenamtsbeauftragten in der Gemeindeverwaltung geht zurück auf einen Vorschlag unseres Ratsherren Ulf-Hendrik Schrader im Zuge der Uetze 2030-Workshops zur Entwicklung des Integrierten Kommunalen

Entwicklungskonzepts (IKEK). Unsere liberale Grundüberzeugung lautet: Ohne Ehrenamt ist alles nichts, es ist der Kitt, der unsere Gesellschaft zusammenhält, und nicht hoch genug einzuschätzen.

31. Ehrenamtskarte: Wir Freie Demokraten begrüßen das Projekt der Ehrenamtskarte und wollen diese noch besser machen, um dem Rückgang des Ehrenamts entgegenzuwirken. Wir schlagen vor, die Ehrenamtskarte zu entbürokratisieren und die Vergünstigungen nach Möglichkeit auszubauen – etwa mit Blick auf eine günstigere Nutzung des ÖPNV. Insbesondere wollen wir junge Menschen an die ehrenamtliche Arbeit heranführen. Deshalb soll die Ehrenamtskarte Personen unter 21 Jahren auch ohne JugendleiterCard nach einem freiwilligen Engagement von einem Jahr beantragt werden können.
32. Seminare für Ehrenamtler: Wir schlagen vor, in den regionalen Bildungseinrichtungen darauf hinzuwirken, mehr Fortbildungsangebote für Ehrenamtliche anzubieten. Mit den Fortbildungsangeboten wollen wir die aktiven Ehrenamtlichen in ihrer Arbeit unterstützen und ihnen helfen, diese rechtssicher und professionell auszuüben. Daneben sollen die Fortbildungsangebote auch künftigen Aktiven die Sorge vor den Herausforderungen im Ehrenamt nehmen.
33. Zu guter Letzt fordern wir eine automatische jährliche Anhebung der Aufwandsentschädigungen für Ehrenamtliche zum Ausgleich der Inflationsrate.

Finanzen

34. Wir Freie Demokraten setzen uns traditionell stark für eine nachhaltige Haushaltspolitik ein und fordern strukturelle Korrekturen, öffentliche Aufgabenreduzierung und Effizienzsteigerung durch eine moderne Verwaltung. Das Bekenntnis zu einer nachhaltigen Haushaltspolitik resultiert für uns nicht nur aus einem wirtschaftlichen Grundverständnis, sondern ist auch Ausdruck von Generationengerechtigkeit. Mit einer nachhaltigen Haushaltspolitik ermöglichen wir der nächsten Generation ihre Zukunft selbst gestalten zu können.
35. Bei jeder politischen Entscheidung ist daher zu prüfen und zu bedenken, welche finanziellen Auswirkungen sie auf unsere ohnehin schon viel zu stark belasteten Kinder und Enkel haben wird. Hierfür möchten wir die Verwaltung dazu verpflichten, in den Beschlussvorlagen unter dem Punkt „Auswirkungen“ anstelle des bisher i.d.R. vorzufindenden Schlagworts „Finanzen“ konkrete Zahlen zu nennen und werden weiterhin in den Diskussionen mahndend Generationengerechtigkeit einfordern.
36. Wir Freie Demokraten wollen auch in finanziell schwierigen Zeiten in die Zukunft gerichtete Investitionen planmäßig tätigen. Dazu zählen für uns insbesondere Investitionen in Bildung, Digitalisierung und Infrastruktur. Für Investitionen schlagen wir vor, auch Öffentlich-private Partnerschaften (ÖPP) ergebnisoffen zu prüfen. ÖPP-Projekte sind für uns denkbar, wenn sie demokratischen Prinzipien entsprechen und sich aus der Beteiligung Privater auch langfristig ein Vorteil für die Kommunen ergibt. Dies ist auf Basis der Vereinbarungen vorab zu prüfen.

Schon jetzt ist der kommunale Investitionsstau groß. Es ist unsere Ansicht, dass ein Aufschieben von wichtigen und notwendigen Investitionen am Ende teurer und der nächsten Generation gegenüber nicht gerecht wäre.

37. Die Finanzen der Gemeinde sind eine riesige Herausforderung, die uns einen sehr engen Gestaltungsspielraum vorgibt. Gleichzeitig hat eine verantwortungsvolle Haushaltspolitik bei größeren Vorhaben neben dem investiven Eigenanteil auch die jährlichen Folgekosten für den Unterhalt zu bedenken. Um solche Projekte Realität werden zu lassen, müssen wir deshalb zunächst mit Nachdruck weiter daran arbeiten, die Einnahmesituation der Gemeinde zu verbessern und Chancen zu schaffen (siehe Punkt „Wirtschaft“).
38. Uetze finanziert sich zu einem wesentlichen Teil aus der Einkommenssteuer. Deshalb ist es wichtig, den beruflichen Erfolg der Bürger zu fördern und auch für Menschen attraktiv zu sein, die hohe Kaufkraft und Einkommensteuerbeträge in die Gemeinde bringen. Das ist im Interesse aller. Dazu können neben einer generellen Image- und Attraktivitätssteigerung der Gemeinde auch Baugebiete in attraktiver Lage mit großzügigem Zuschnitt beitragen.
39. Für uns steht fest: Es darf keine weiteren Grund- oder Gewerbesteueranhebungen geben. Das Maß ist voll. Dem Bund der Steuerzahler zufolge arbeiten wir in Deutschland bereits mehr als die Hälfte (52,9%) des Jahres nur für Steuern und Abgaben, konkret beginnen wir erst ab dem sogenannten „Steuerzahlergedenktag“ am 13. Juli für den eigenen Geldbeutel zu arbeiten. Die FDP will Bürger nicht nur auf Bundes- und Landesebene entlasten, sondern zusätzlich auf kommunaler Ebene vor weiteren Belastungen schützen, soweit es die Kommunalaufsicht zulässt. Das tatsächliche Abstimmungsverhalten der FDP in den letzten Jahren hat bewiesen, dass dies keine leeren Versprechungen sind! Wir stehen integer zu unseren Aussagen und waren die einzige Partei, die gegen zusätzliche Belastungen der Bürger gestimmt hat.

Gesundheit

40. Zur Verbesserung und Aufrechterhaltung einer guten ärztlichen Versorgung in unserer Gemeinde setzen wir auf eine kontinuierliche Evaluation des Angebots und falls notwendig auf innovative Programme zur Gewinnung neuer Ärzte, etwa durch Kooperationen mit medizinischen Versorgungszentren oder regionale Förderprogramme.
41. Wir Freie Demokraten wollen hierfür auch die Telemedizin als flächendeckende Möglichkeit der medizinischen Erstversorgung etablieren. Die Tele-Sprechstunde kann bereits über die GKV abgerechnet werden. Viele medizinische Leistungen können auch in einer Videosprechstunde erbracht werden. Vor allem im ländlichen Raum wird die Telemedizin zukünftig einen wichtigen Faktor in der medizinischen Versorgung darstellen. Wir wollen, dass die Gemeinde bei Ärzten und Patienten dafür wirbt, die Möglichkeiten der Telemedizin zu nutzen
42. Wir begreifen es als selbstverständlich, dass alle Menschen so lange in ihren eigenen vier Wänden leben können, wie sie dies möchten. Deshalb setzen wir uns für eine Stärkung der

ambulanten Pflege ein. Für uns gehört zu einem würdevollen und selbstbestimmten Altern, dass niemand nur wegen seines Alters in eine Altenpflegeeinrichtung umziehen muss. Der Grundsatz „ambulant vor stationär“ muss auf allen staatlichen Ebenen konsequent verfolgt werden, angefangen beim SGB XI auf Bundesebene bis hin zur Unterstützung ambulanter Pflegedienste vor Ort.

43. Alle Maßnahmen und Vorhaben sollen unter frühzeitiger Einbindung der lokalen Ärzteschaft, Apotheker, Therapeuten und Pflegeeinrichtungen als Partner geplant und durchgeführt werden. Hierfür regen wir einen runden Tisch unter anfänglicher Moderation der Verwaltung an.

Jugend und Kinder

44. Die Gemeinde hat unter unserer Begleitung den Bedarf und die Wünsche von Jugendlichen erhoben und auf dieser Grundlage bereits das Jugendcafé Uetze geschaffen und die Spielplatzsatzungen überarbeitet, so dass zunehmend auch Jugendlichen adäquate Treffpunkt geboten werden. Diesen Prozess wollen wir weiter aktiv begleiten und vorantreiben.
45. In diesem Zuge wollen wir prüfen lassen, inwieweit die Gemeinde bspw. im Rahmen von Öffentlich-privaten Partnerschaften (ÖPP) trotz knapper Kassen mehr Freizeitangebote wie etwa ein Mountainbike-Areal und einen Kletter- oder Skaterpark in zentraler Lage mit junger Außengastronomie initiieren kann.
46. Darüber hinaus wollen wir uns dafür einsetzen, dass das Team Jugend der Gemeinde für die Jugendlichen im Sommer gemeinsam mit den Freibädern neue moderne Angebote schafft.
47. Wir befürworten ausdrücklich ein Kinder- und Jugendparlament zur Stärkung der demokratischen Kultur in der Gemeinde. Unter der Voraussetzung einer professionellen Begleitung kann ein solches Parlament zur Keimzelle für politisch engagierten Nachwuchs und eine verbesserte Kultur der Auseinandersetzung werden.
48. Digitale Angebote können dabei helfen, solche Projekte besser sichtbar zu machen und zu organisieren – etwa über eine zentrale Plattform oder App, über die Veranstaltungen, Treffpunkte und Freizeitangebote für Jugendliche leichter gefunden werden können.

Sport und Kultur

49. Die Sportförderrichtlinie der Gemeinde soll regelmäßig evaluiert und fortgeschrieben werden. Unser Ziel dabei ist, dass keine Ortschaft auf der Strecke bleibt und dass Vereine nicht überfordert werden. Als wichtige Maßnahme sehen wir die Jährliche Anpassung an die Geldentwertung, damit die Förderungen nicht von Jahr zu Jahr kleininflationiert werden. Unser jüngster entsprechender Antrag auf Inflationsanpassung der Fördersätze in 2026 wurde von SPD, CDU und Grünen abgelehnt.

50. Bürger-Sportanlagen: Wir Freie Demokraten wollen, dass Vereine über moderne und funktionierende Sportstätten verfügen. Werden in die Jahre gekommene Sportstätten saniert, sollen sie zu Bürger-Sportanlagen weiterentwickelt werden. Als solche sollen sie dem Vereinssport und dem Schulsport Rechnung tragen, aber auch für jede Person zur sportlichen Betätigung zur Verfügung stehen und über Spielfelder für diverse Sportarten verfügen. Mit der Möglichkeit zur Nutzung von Sportstätten neben dem Schul- und Vereinssport für den Freizeit- und Individualsport möchten wir mehr Bürgerinnen und Bürger für sportliche Aktivitäten begeistern. Wir erhoffen uns eine sportliche Begegnungsstätte für alle Bürgerinnen und Bürger.
51. Wir Freie Demokraten verstehen Kultur nicht nur als ein elementares menschliches Grundbedürfnis. Sie ist auch ein Standortfaktor. Ein breites kulturelles Angebot steigert die Attraktivität des Standorts und macht sich in vielerlei Hinsicht für die Kommune bezahlt. Kulturelle Einrichtungen und Veranstaltungen erzeugen stets eine Strahlkraft, die z.T. weit über die Kommune hinaus reicht und einen Mehrwert für Kommune, Bürgerinnen und Bürger, Touristen und Umland schaffen kann. Auch digitale Formate können dazu beitragen, kulturelle Angebote sichtbarer zu machen – etwa durch digitale Veranstaltungsübersichten, Online-Ticketangebote oder gemeinsame Kulturkalender.
52. In diesem Sinne darf Kultur nicht dem Rotstift geopfert werden. Im Gegenteil wollen wir die Kulturförderung der Gemeinde aufrechterhalten und in Verbindung mit der Wirtschaftsförderung gezielt weiterentwickeln. Dabei möchten wir auch über attraktive Events und Festivals nachdenken, etwa Musikveranstaltungen, Sportevents oder regionale Märkte, die Besucher von Außerhalb anlocken, den Tourismus fördern und das Image der Gemeinde aufwerten können. So schlagen wir mindestens zwei Fliegen mit einer Klappe, weil Events auch etwas Tolles für unsere Jugend sind.

Umwelt und Landwirtschaft

53. Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, die Kalihalden-Abdeckung in Wathlingen bei Hänigsen zugunsten nachhaltiger Lösungen zu verhindern.
54. Die von uns mitbeschlossenen Biodiversitäts-Maßnahmen der Gemeinde wollen wir fortführen und dafür auch weiterhin die nötigen Mittel zur Verfügung stellen, um an entsprechenden Förderprogrammen partizipieren zu können. Weitergehenden Ausgaben etwa zur Ortschaftsbegrünung erteilen wir angesichts der Haushaltslage eine Absage.
55. Das starke und erfolgreiche Engagement der Gemeinde Uetze im Bereich der alternativen Energien soll fortgeführt werden.
56. Für das Gelingen der Energiewende und des Umstiegs auf alternative Antriebsformen soll sich die Gemeinde in Gesprächen und Verhandlungen mit ihren Partnern der Gemeindewerke stark machen. Unmittelbaren Investitionen bspw. in Elektrofahrzeuge oder

Ladeinfrastruktur ist stets eine Wirtschaftlichkeitsberechnung voranzustellen.

57. Maßnahmen zum Schutz der Umwelt sollen möglichst so erfolgen, dass sie den Menschen nicht ausschließen, sondern die Natur noch erlebbarer machen. Die Interessen von Umweltschutz und Mensch sind in Einklang zu bringen, Natur als Naherholungsgebiet dem Menschen weiterhin zugänglich zu machen. Bei der Sicherung von Natura 2000- Gebieten sollen Betretungsverbote nicht generell erlassen werden, sondern die Erforderlichkeit eines Betretungsverbots im Einzelfall geprüft und auf das notwendige Maß reduziert werden.
58. Entlang der Rad- und Wanderwege sollen an geeigneten Orten Tafeln über durchgeführte Umweltschutz-Maßnahmen, über Biotope, Naturdenkmäler oder andere Besonderheiten in der Flora und Fauna aufgestellt werden. Auf diese Weise werden Ausflüge interessanter und das Verständnis für Umweltschutz weiter gefördert.
Ergänzend können digitale Informationen etwa über QR-Codes bereitgestellt werden, über die Bürger und Besucher zusätzliche Inhalte, Karten oder Hintergrundinformationen abrufen können, wie es in Dedenhausen bereits geplant ist.
59. Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass der Ausbau von Photovoltaikanlagen auf kommunalen Dachflächen zukünftig vermehrt geprüft und umgesetzt wird.
60. Kommunale Unterstützung bei Power-to-X: Wir Freie Demokraten unterstützen kommunale Projekte zur technologieneutralen Entwicklung und Nutzung der Power-to- X-Technologie. Daher setzen wir uns dafür ein, dass Kommunen den Unternehmen bei entsprechenden Projekten zur Seite stehen und keine zusätzlichen Hürden in den Weg legen.
61. Wir sind überzeugt, dass ein tragfähiger und effektiver Umweltschutz nur in Zusammenarbeit mit der Landwirtschaft, Waldbau, Jägern und Anglern möglich ist und wollen diese deshalb bei grundsätzlichen Fragen und Weichenstellungen frühzeitig als Partner einbinden und anerkennen, was die Bewirtschaftenden über viele Generationen für den Naturschutz geleistet haben. Weil die eigenverantwortliche Verfügung über das Eigentum zu diesen guten Ergebnissen geführt hat, müssen Eigentümer- und Nutzerrechte geschützt werden. Dies gelingt durch die Kombination eines angemessenen Grundschutzes mit freiwilligen Vertragsnaturschutzmaßnahmen.
62. Jägerinnen und Jäger als Naturschützerinnen und -schützer anerkennen – Schäden durch den Wolf verhindern: Wir Freie Demokraten wollen eine selbstbestimmte und eigenverantwortliche Jagd. Ein modernes Wildtiermanagement ermöglicht dabei die Bejagung von Wolf, Kormoran und Biber. Insbesondere der stetig wachsende Bestand des Wolfes und der Nutria müssen wirksam reguliert werden. Jägerinnen und Jäger sind aktive und staatlich geprüfte Naturschützerinnen und -schützer und handeln eigenverantwortlich. Zur Seuchenprävention und Wildschadenminimierung ist die Jagd unerlässlich. Auch die Weidetierhaltung ist gelebter Naturschutz und verdient eine Zukunft. Dafür ist ein aktives Bestandsmanagement des Wolfes notwendig. Als Grundlage werden regional verkraftbare Wolfsbestandsdichten festgelegt. Wölfe, die Zäune überwinden, müssen ohne bürokratisches Antragsverfahren entnommen werden. Dafür setzen wir uns auf Landes- und

auf Regionsebene ein.

Verkehr

63. Mobilität ist eine Grundvoraussetzung für Freiheit, Teilhabe und wirtschaftliche Entwicklung. Wir wollen eine ideologiefreie Mobilitätspolitik, die Wahlfreiheit ermöglicht und alle Verkehrsteilnehmer gleichrangig berücksichtigt – unabhängig davon, ob sie zu Fuß, mit dem Fahrrad, mit dem Auto oder dem öffentlichen Personennahverkehr unterwegs sind. Wir bekennen uns ausdrücklich zur individuellen Mobilität. Gerade im ländlichen Raum bleibt das Auto für viele Menschen unverzichtbar. Keine Mobilitätsform darf ideologisch benachteiligt werden.
64. Gerade im ländlichen Raum können auch neue und flexible Mobilitätsformen eine sinnvolle Ergänzung darstellen. Beispiele wie Mitfahrerbanken – wie sie in Dedenhausen bereits existiert – oder Mitfahrangebote können durch digitale Unterstützung helfen, vorhandene Fahrten besser zu nutzen und die Mobilität insbesondere für Jugendliche und ältere Menschen zu verbessern. Auch gemeinschaftlich organisierte Angebote wie ein digital buchbares Dorfauto können gerade in kleineren Ortschaften eine sinnvolle Ergänzung sein.
65. Wir setzen uns für eine zielgerichtete Verkehrsberuhigung ein, wo sie sinnvoll ist (in der Nähe von Schulen, Kindergärten, Spielplätzen, Altenheimen usw.). Pauschale 30er-Zonen in den Hauptverkehrsstraßen der Ortschaften hingegen wird es nur gegen unsere Stimmen geben.
66. Ein Radwegebau an gemeindeeigenen Straßen zur Verbindung der Ortschaften erhöht die Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmer und steigert die Attraktivität unserer Gemeinde. Deswegen wollen wir prüfen lassen, ob es für entsprechende Vorhaben Förderprogramme gibt und dafür dann auch Haushaltsmittel einplanen. Um Radwege an Kreis-, Landes- oder Bundesstraßen wie etwa zwischen Hänigsen und Dachtmissen bemühen sich zuständigkeitshalber unsere Kollegen in den entsprechenden Parlamenten und Gremien bspw. der Regionsversammlung.
67. Gemeinsam mit unseren liberalen Freundinnen und Freunden in der Regionsversammlung setzen wir uns ein für eine bessere Taktung des öffentlichen Nahverkehrs insbesondere zu den Hauptverkehrszeiten für Pendler und Schüler. Ein besserer ÖPNV verbessert zudem die Mobilität der Älteren und spart das Elterntaxi, schont somit nicht nur Zeit, sondern auch die Umwelt. Deswegen werben wir auf Regionsebene auch für kreisübergreifende Angebote.

Wirtschaft

68. Aus wirtschaftlichem Handeln entsteht nicht nur persönlicher Wohlstand. Von einer starken Wirtschaft profitieren über Gehälter, Einkommens-, Umsatz- und Gewerbesteuer auch die Kommune und die Allgemeinheit. Gewerbeentwicklung ist Voraussetzung für eine starke lokale Wirtschaft, für Wohlstand und kommunale Einnahmen. Wollen wir ehrgeizig darauf hinarbeiten, den Status einer finanzschwachen Kommune

abzuschütteln und endlich wieder in mehr freiwillige Leistungen bspw. für Kultur, Sport und Kinder investieren zu können, dann müssen wir einen wesentlichen Teil unseres Fokus auf die Entwicklung unserer Wirtschaft lenken.

69. Einen wesentlichen Impuls dazu konnten wir Liberale mit einem personellen und finanziellen Ausbau der Wirtschaftsförderung Uetzes geben. Die daraufhin erfolgreich begonnene Entwicklung und Vermarktung neuer Gewerbegebiete soll fortgeführt und insbesondere in der Vermarktung weiter professionalisiert werden.
70. Neben der Ansiedlung neuer Unternehmen darf die Bestandspflege und -Entwicklung nicht zurückbleiben. Konkret setzen wir uns dafür ein, dass die Wirtschaftsförderung aktiv in den Dialog mit allen Gewerbetreibenden der Gemeinde tritt und Unterstützungsangebote bspw. bei der Akquise von Fördermitteln unterbreitet und unkompliziert bei Expansionsplänen hilft, etwa wenn ein Anbau oder ein Umzug auf eine größere Fläche nötig wird.
71. Die Wirtschaftsförderung soll zum One-Stop-Shop, Dienstleister und internen Fürsprecher für unsere Gewerbetreibenden und neue Investoren in der Gemeindeverwaltung werden. Egal ob sich ein Logistikkonzern oder ein Baumarkt niederlassen wollen, oder ob sich ein kleiner Handwerksbetrieb auf dem eigenen Grundstück erweitern möchte – als Möglichmacher finden wir einen Weg und suchen keine Probleme.
72. Wir wollen prüfen, ob in der Gemeinde Räume für gemeinschaftliches Arbeiten (Coworking) geschaffen werden können. Gerade mit der vorhandenen Glasfaserinfrastruktur können solche Orte eine attraktive Alternative zum Pendeln darstellen und neue Impulse für lokale Wirtschaft und Ortskerne geben.
73. Wir möchten, dass künftig ein gewählter Vertreter oder Vorsitzender einer Uetzer Wirtschaftsvereinigung dem Wirtschaftsausschuss als Beisitzer angehören wird, um unmittelbar eine Rückmeldung der lokalen Wirtschaft zu Plänen der Verwaltung oder Vorhaben der Politik erhalten zu können.
74. Wir Freie Demokraten möchten auch den Slogan „Freizeitland Uetze“ substantiell wiederbeleben und dafür im ersten Schritt einen runden Tisch mit allen potenziellen Stakeholdern initiieren. Den touristischen Wert der Gemeinde wollen wir strategisch ausbauen u.a. durch ein gut gepflegtes und beschildertes Rad- und Wanderwege-Netz, die Förderung zeitgemäßer Angebote des Gastgewerbes, der kulturellen Szene und sportlicher Freizeitaktivitäten, durch Vernetzung und Unterstützung bei der Vermarktung sowie innovative digitale Attraktionen, die von sich reden machen und Publicity erzeugen. Kurzum: Wir wollen, dass Uetze selbstbewusst und kreativ nach vorne geht, seine Chancen erkennt und nutzt. Wenn alle mitmachen, wird es ein Erfolg.
Digitale Angebote wie interaktive Karten, QR-Codes an Sehenswürdigkeiten oder digitale Wander- und Radinformationen können Besuchern zusätzliche Informationen über Natur, Geschichte und Freizeitangebote in der Gemeinde vermitteln.
Auch digitale Routenplaner oder Apps für Rad- und Wanderwege können Besucher gezielt zu Sehenswürdigkeiten, Gastronomie und Freizeitangeboten führen.

75. Über die fünf Bereiche Wirtschaft, Kultur, Sport, Gesundheit und Ehrenamt erstreckt sich ein ambitioniertes Vorhaben der FDP, das sich vor allem an die vielen tausende Neubürger richtet, die jährlich in unsere Gemeinde ziehen: Damit Uetze für diese Menschen schnell mehr wird, als eine reine Wohngemeinde, wollen wir sie mit einer professionell konzipierten und umgesetzten Willkommensbroschüre begrüßen, die bildlich und redaktionell attraktiv aufbereitete Informationen zu Vereinen und Feuerwehren, Initiativen, kulturellen Angeboten, Geschäften, Handwerkern, Freizeitaktivitäten, VHS-Kursen usw. usf. mit Coupons zum Ausprobieren bereit hält. Auf diese Weise wollen wir eine einladende Hand reichen und jedem neuen Mitbürger den Weg weisen, ein neuer Freund, Vereinskamerad, Kunde, Mitglied und vor allem Fan unserer schönen Gemeinde zu werden. Für die Ortschaft Dedenhausen setzt unser Ratsherr Ulf-Hedrik Schrader dieses Konzept bereits gemeinsam mit der Dorfgemeinschaftsjugend und der Zukunftswerkstatt um. Ergänzend kann eine digitale Version dieser Informationen bereitgestellt werden, damit Neubürger jederzeit auf Angebote, Ansprechpartner und Veranstaltungen zugreifen können.

76. **Digitale Gemeinde:** Digitalisierung bietet gerade im ländlichen Raum große Chancen, den Alltag der Menschen einfacher zu machen, Mobilität zu verbessern und die Dorfgemeinschaft zu stärken. Erfolgreiche Beispiele wie das Smart-Village-Projekt im nordrhein-westfälischen Etteln zeigen, welches Potenzial auch kleinere Orte haben. Wir wollen prüfen, wie sich solche Ansätze auch in Uetze und seinen Ortschaften umsetzen lassen. Denkbar sind beispielsweise eine digitale Gemeindeplattform oder Bürger-App mit Informationen zu Veranstaltungen, Vereinen und Angeboten vor Ort sowie Möglichkeiten zur direkten Kommunikation mit der Verwaltung.

Auch digitale Ergänzungen bestehender Angebote – etwa zur besseren Organisation von Mitfahrgelegenheiten, zur Vernetzung von Mobilitätsangeboten oder zur Bereitstellung von Informationen über QR-Codes an Sehenswürdigkeiten und Wanderwegen – können den Alltag erleichtern. Digitale Karten und übersichtliche Ortsinformationen könnten Bürgern, Neubürgern und Besuchern helfen, Angebote, Freizeitmöglichkeiten und Entwicklungsmöglichkeiten der Gemeinde leichter zu entdecken.

Ziel ist eine digitale Gemeinde, die Verwaltung, Mobilität, Bürgerinformation und Beteiligung sinnvoll miteinander verbindet und so das Leben vor Ort spürbar verbessert.

Fehlt ein Punkt, hast Du ergänzende Ideen und Anmerkungen oder kannst Du einen konkreten Beitrag zum Gelingen unserer Vorhaben leisten? Dann melde Dich bitte bei uns und lass uns ins Gespräch kommen! Kontaktiere unseren stellvertretenden Ortsbürgermeister von Dedenhausen und Uetzer Ratsherrn unter ulf-hendrik.schrader@fdp-uetze.de.